

Wer entwickelt eigentlich die Stadt? PPP überall

Autor(en): Patrick Marcolli

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 2010

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/0e91ef43-95d1-408b-afc1-9e27bd92681d>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Wer entwickelt eigentlich die Stadt? PPP überall

Stadtentwicklung als permanente Public Private Partnership

Patrick Marcolli

Der Novartis Campus, der Turm von Roche, das Messezentrum, das neue Voltaquartier, die Erlenturm, der Neubau des Kunstmuseums – es gäbe noch unzählige weitere Beispiele dafür, wie sich Basel entwickelt. Wie es sich baulich entwickelt, um präzise zu sein. Davon, von den ganz grossen Entwicklungsprojekten, soll hier zunächst gesprochen werden. Die oben genannten Beispiele zeigen, dass eine klare Trennung zwischen privat und öffentlich – ausser bei reinen staatlichen Zweckbauten wie dem neuen Universitäts-Kinderspital oder bei kleineren privaten Projekten – eigentlich nicht möglich ist. Dies ist in erster Linie bedingt durch das basisdemokratische Staatssystem, das auf einem Zusammenspiel von Behörden, Öffentlichkeit und der Privatwirtschaft beruht. Deshalb ist der mittlerweile wohl überstrapazierte Begriff der Public Private Partnership hierzulande eigentlich obsolet. Ohne Partnerschaft geht nichts. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Novartis Campus: Erst der Verkauf der Hünigerstrasse und des Hafens St. Johann durch die Stadt macht ein solches, von einem Konzernchef mit seinem eigens angeheuerten Städteplaner erdachtes Projekt wirklich möglich.

Von einer echten Partnerschaft zu sprechen geht selbstverständlich nur dann, wenn beide Partner mit gleich langen Spiesen kämpfen beziehungsweise sich zu gleichen Teilen einbringen können. In der Zusammenarbeit zwischen Grosskonzernen und der öffentlichen Hand stellt sich diese Frage besonders dringend – Basel muss sie sich, zumal es hier um existenzielle Abhängigkeiten geht, immer wieder stellen. Die Stadt hat es sich allerdings in den vergangenen Jahren etwas gar leicht gemacht. Eine kritische Diskussion über grosse Projekte von Konzernen wurde in erster Linie mit dem Hinweis auf die ökonomischen Abhängigkeiten geführt – und somit abgewürgt, bevor die Kernfrage des Verhältnisses von «public» und «private» überhaupt gestellt werden konnte.

Es geht dabei nicht darum, die Projekte an sich infrage zu stellen oder den Anspruch der Träger der lokalen Wirtschaft auf gute Rahmenbedingungen zu negieren. Die Projekte sind von vitalem Interesse für die Stadt. Wieso, um beim Beispiel Novartis Campus zu

bleiben, konnte die Hünigerstrasse aber nicht im Baurecht abgegeben statt verkauft werden? Diese Form des Zur-Verfügung-Stellens hätte genau der Argumentation von Novartis selbst entsprochen: Der Standort Basel, so lässt der Konzern aufs Neue verlauten, sei nicht auf alle Ewigkeit in Stein gemeisselt. Etwas mehr Selbstbewusstsein der Politik wäre angebracht gewesen, schliesslich erbringen Basel und die Schweiz mit ihrer politischen und sozialen Stabilität für die Unternehmen eine unschätzbare Gegenleistung. Auch das Messeprojekt ist ein solches Beispiel: Letztlich ist es wohl nur der Identifikation der Öffentlichkeit mit der Messe Basel und der Anerkennung ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Bedeutung zu verdanken, dass eine Mehrheit des Stimmvolks dieses Vorhaben genehmigt hat.

Die Quittung für diese oft nicht stattfindenden Diskussionen erhalten nämlich nicht die grossen Wirtschaftsunternehmen, sondern die Behörden und jene Bauvorhaben, die als *«nice to have»* ohne eminente wirtschaftliche Bedeutung eingestuft werden. Teile der Bevölkerung erteilen dann der Stadtentwicklung indirekt eine Abfuhr, wie zum Beispiel einer Überbauung des Landhofs. Eine als eigenständig erkennbare und nicht mit den Konzernen und den bekannten Architekten verschmolzen erscheinende staatliche Stadtentwicklung würde auf positivere Resonanz stossen und weniger als Verdrängungs- und Veredelungsprozess wahrgenommen auf Kosten derer, die kein politisches Gewicht haben. Die Abstimmung über die Familiengarteninitiative wird für die Planer im Bau- und Verkehrsdepartement zur nächsten Nagelprobe werden. Hier lässt sich eindeutig das Bemühen der Behörden erkennen, den Ausgleich zwischen *«public»* (den übergeordneten Entwicklungsperspektiven für die Stadt) und *«private»* (dem Respekt für die gewachsene Familiengartengeschichte) zu finden. Man geht einen Schritt auf die Betroffenen zu und sucht nach Kompromissen. Was Partnerschaft eben auch für die Planer im Departement und für die Familiengärtner bedeuten sollte: hin und wieder die eigene Position zu hinterfragen und sich von Privilegien zu lösen. Stadtentwicklung heisst auch Rücksichtnahme, und Entwicklung bedeutet im Kern, auf Bestehendem aufzubauen und etwas ohne tiefe Brüche fortzuschreiben. Entwicklung ist so verstanden etwas Urdemokratisches.

Basel hat das Glück, dank diverser Stiftungen und Mäzene eine einmalige Tradition der Stadtentwicklung zu besitzen. Sie beruht auf privatem Unternehmergeist und Geld, steht aber im Zeichen der Verantwortung für das Gemeinwesen. Zu nennen sind hier unter anderen die Christoph Merian Stiftung, die Binding Stiftung, seit Jüngstem auch die Stiftung Habitat oder im Kunstbereich die Emanuel Hoffmann-Stiftung. Das ist solide, mitunter kreative Entwicklungsarbeit an der Basis, in den Quartieren oder auch für neue Leuchttürme in der Stadt.

Eines zeigt sich bei allen Projekten: Das räumliche Entwicklungspotenzial Basels ist sehr beschränkt, die Erlenmatt und vor allem das Dreispitzareal sind die grossen Ausnahmen. Die Konflikte um gewisse Vorhaben haben nicht nur eine soziale Kom-



Blick vom Turm der Antoniuskirche

ponente (Angst vor gesellschaftlicher Verdrängung), sondern auch eine stark von räumlicher Enge und drohendem oder imaginiertem Verlust von öffentlichem Raum geprägte Seite. Die Allmend wird – zu Recht – als sehr kostbares Gut angesehen. Um Befürchtungen und Ängste auszulösen reicht es schon, wenn ein öffentlicher Raum temporär okkupiert wird. Es gilt die Regel: Je jünger die Nutzungsidee und das Publikum, desto schwieriger ist die Durchsetzung. Lärmklagen gegen das Kulturfloss oder der anfängliche Widerstand gegen das Jugendkulturfestival sind nur zwei Beispiele dafür. Spricht ein neuer Event aber ein sehr traditionelles Publikum an und verfügen die Organisationen über eine starke Lobby (zum Beispiel das «Basel Tattoo»), so etabliert sich eine Veranstaltung sehr rasch. Gänzlich unbestritten ist die Belegung von Plätzen bei Traditionsanlässen und urbaslerischen, identitätsstiftenden Anlässen wie der Herbstmesse oder der Fasnacht.

Die Basler, so scheint es, stehen neuen Entwicklungen skeptisch gegenüber. Das Problem wird sich verschärfen, je näher die Stadt in ihrem Lebensgefühl ans Mittelmeer rückt und den öffentlichen Raum dementsprechend (über)nutzt. Vom Staat sind hier Entwicklungskonzepte gefordert, die einerseits die Bedürfnisse der Innenstadt-Bewohner berücksichtigen und andererseits dem berechtigten Wunsch nach vermehrter Nutzung des öffentlichen Raumes Rechnung tragen. Solche Konzepte können nie visionär sein. Sie sind pragmatisch ausgerichtet. Überhaupt kann der Staat nicht visionär sein. Für Visionen braucht es andere.

Und hier sind wir nun bei jenen einzelnen Personen angelangt, die Entwicklungen anstossen, die anecken und provozieren, die aber auch aus klugem Geschäftssinn heraus und auf eigenes Risiko etwas entwickeln. Die Bandbreite dieser Entwickler ist riesig. Es ist die indische Familie gemeint, die am Brausebad ein Take-away eröffnet, oder das italienische Paar, das an der Allschwilerstrasse mit seiner gemütlichen Kaffeebar die Strasse belebt. Es ist auch der Architekt gemeint, der mit seinem Vorschlag zum Abriss der Kaserne eine längst nötige Diskussion anstösst, oder der Kulturfloss-Betreiber, der sich immer wieder für sein Unterfangen zur Wehr setzen muss.

Die Stadt lebt, wenn sie sich entwickelt, und sie entwickelt sich nur, wenn sie lebt. Dies kann nur im gleichberechtigten Zusammenspiel von «private» und «public» gelingen, wenn das Verhältnis von Entwicklung im kleinen und im grossen Massstab einigermaßen ausgeglichen ist und Raum für Visionen bleibt. Visionäre haben es in dieser Stadt eher schwer. Ansonsten scheint die Richtung zu stimmen.